

Wie Satanswerk

Christdemokraten üben Kritik am Kurs des katholischen Wochenblatts „Publik“: „Die Anti-CDU-Politik nehmen wir nicht mehr länger hin.“

Wir von ‚Publik‘ waren uns darüber klar, daß die ersten Monate nach dem Start... Aber wir sind jetzt durch. Schneller als wir dachten — so schrieb die katholische Wochenzeitung „Publik“ vor zwei Jahren über „Publik“.

Doch schneller als dem Blatt recht sein konnte, war in den letzten Wochen wieder von den roten Zahlen die Rede, in die das 1968 von Deutschlands katholischen Bischöfen gegründete und seitdem von ihnen mit 28 Millionen Mark subventionierte Blatt geraten ist.

„Publik“-Geschäftsführer Wilhelm Hübner beteuerte zwar: „Es ist noch alles in der Schwebe“, doch die Redaktion im Frankfurter Äppelwei-Viertel weiß: „Die Liquidation ist unvermeidbar, wenn keine Subventionen mehr kommen.“

Daß es um die Finanzen der großzügig, aber keineswegs aufwendig gemachten Zeitung (Verkaufsaufgabe: 95 000), die den Bischöfen nicht fromm genug und rechten CDU-Politikern zu links erscheint, wieder einmal schlecht steht, erfuhren die Blattmacher vor vier Wochen „ganz beiläufig und zufällig“ (so ein „Publik“-Redakteur). Als damals in einer Sitzung des theologischen Beirats von „Publik“ die Routinefrage nach der Zukunft der Zeitung gestellt wurde, mahnte Weihbischof Walther Kampe, Mitglied des 14köpfigen Treuhändergremiums der Zeitung: „Die Redaktion scheint sich über den Ernst der Situation nicht im klaren zu sein.“

Den Ernst der Lage kannte der Bischof in der Tat besser als die Redaktion. Um dem drohenden Finanz-Fiasco zu entgehen, hatte Kampe schon seit längerem nach „Publik“-Partnern Ausschau gehalten und auch einen gefunden — den „Rheinischen Merkur“ (Verkaufsaufgabe: 51 000).

An seinem Amtssitz, zu Limburg an der Lahn, trafen sich Anfang Oktober auf halbem Wege der Frankfurter „Publik“-Chefredakteur Alois Schardt und der Herausgeber des Kölner Konkurrenzblattes, Otto B. Roegele, und dessen Chefredakteur Anton Böhm. Doch das Modell der „Merkur“-Chefs — zwei Herausgeber, Chefredakteure und Bonner Korrespondenten in einem fusionierten Blatt — stieß bei „Publik“ auf Ablehnung.

In einem internen Schreiben an Treuhänder und Aufsichtsrat ihres Unternehmens ließen die Redakteure wissen, was sie über derlei Pläne denken: „ein absurder Versuch... inkommensurable

Zeitungen auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu wollen“. Eine solche Fusion sei, prophezeiten sie, „der Beginn eines Siechtums, an dessen Ende nicht eine der beiden Zeitungen, sondern beide zusammen liquidiert werden“.

In der Tat passen das Kölner und das Frankfurter Blatt wie „Feuer und Wasser“ („Publik“-Redakteur Eduard Neumaier) zueinander: Während der „Merkur“ an der These von einer geschlossenen katholischen Kirche festhält, an der



Katholische Wochenzeitung „Publik“
„Alles in der Schwebe“

es nichts zu kritisieren gibt, nimmt „Publik“ den Auftrag wörtlich, den Kardinal Julius Döpfner der Zeitung bei ihrer Gründung gab — die „Pluralität der Meinungen im Katholizismus widerzuspiegeln und ein Forum der innerkirchlichen Diskussion zu sein“.

Konservativere Kirchenfürsten wie den Regensburger Bischof Rudolf Graber dünkt das Gespräch, das „Publik“-Publizisten mit Andersgläubigen suchten, wie Satanswerk: „Mit dem Dialog, den schon Adam und Eva mit der Schlange versucht haben, hat das Unheil für die Menschheit angefangen.“

Kritik handelte sich das Bischofsblatt häufig auch mit seinen Polit-Kommentaren ein. Anders als der CDU-treue „Rheinische Merkur“, der sich längst als Kampfblatt für Konservative profilierte, lobte die Frankfurter Konkurrenz hin und wieder die sozialliberale Koalition.



„Publik“-Chefredakteur Schardt
„Dialog mit der Schlange“

Bonn-Korrespondent Neumaier beispielsweise kommentierte Brandts Ostpolitik: „Die Bundesregierung aus SPD und FDP hat Konsequenzen gezogen, die die Große Koalition zu ziehen weder Kraft noch Absicht hatte.“ Und über Markiges von Franz Josef Strauß urteilte „Publik“: „Gedanken- und formulierungsgleich mit der NPD.“

Solche Deutlichkeiten mißfielen prominenten Polit-Katholiken. In einem Protest-Telegramm an Chefredakteur Schardt empörten sich die CSU-Oberen Richard Stücklen und Max Streibl bereits im letzten Jahr über die „dauernde Herabsetzung und Verunglimpfung“ ihres Obersten.

Sie wollten wissen: „Ist ‚Publik‘ also für Verzichtspolitik... für Wehrunwillen, die Aufweichung der Strafgesetze, den Einzug linksradikaler Tendenzen in die Justiz?“ Und sie drohten: „Sind die vielen Millionen, die von Katholiken für die Subvention einer schwer um ihre Lebensfähigkeit ringenden Wochenzeitung aufgebracht werden, für die Verhöhnung katholischer Politiker bestimmt? Dann ist es Zeit, ein offenes Wort zu reden.“

Zwei Jahre vor der Bundestagswahl scheint es ihnen jetzt endgültig an der Zeit, „Publik“ auf neuen Kurs zu bringen. Die CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Windelen und Walter Picard Ende letzten Monats bei einem Treffen mit der „Publik“-Redaktion in Bonn: „Ihre Anti-CDU-Politik nehmen wir nicht länger hin.“

Die Anti-„Publik“-Fronde ist freilich nicht geschlossen. Bernhard Vogel, Kultusminister im Mainzer Kabinett des Barzel-Opponenten Helmut Kohl, bescheinigte dem Wochenblatt: „Ich glaube, daß ‚Publik‘ seinem Auftrag insgesamt entsprochen hat.“ Und der CDU-Bundestagsabgeordnete Otto Zink, Vorsitzender der hessischen Sozialausschüsse, lobte das „breitgefächerte Meinungsspektrum“ der Zeitung.

Am Mittwoch letzter Woche schließlich machte sich auch der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Jürgen Echternach, für die „Publik“-Positionen stark. Um Alois Schardt und seiner Mannschaft das Einschwenken auf das „Kampfpresse-Selbstverständnis“ des „Rheinischen Merkur“ (Echternach) zu ersparen, offeriert der CDU-Protestant eine ökumenische Lösung: die Fusion des katholischen „Publik“ mit dem evangelischen „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“.

Die Redakteure der beiden Christenblätter, die während des Ökumenischen Pfingsttreffens im Mai schon eine gemeinsame Beilage produzierten (Motto: „Gemeinsame Möglichkeiten und Sorgen führen die Christen zusammen“), halten das Echternach-Projekt für vernünftig. „Sonntagsblatt“-Chefredakteur Eberhard Maseberg: „Das ist keine schlechte Idee.“ Und Schardt-Stellvertreter Oskar Neisinger: „Das wäre eine gute Sache.“